

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/012(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 11.03.2011	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.01.2011
- 4 Anträge
 - 4.1 Bürgerbeauftragter Internet FDP-Fraktion A0174/10
 - 4.1.1 Bürgerbeauftragter Internet BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit S0019/11
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
 - 5.1 Interkommunale Zusammenarbeit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung I0041/11
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Vertreter

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Lothar Tietge

i.V.f. Stadtrat Schwenke

i.V.f. Stadtrat Frank Schuster

i.V.f. Stadtrat Stage

Abwesend

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Mirko Stage

Öffentliche Sitzung

Vor Eröffnung der Sitzung informiert Stadtrat Schuster, FDP-Fraktion, dass im Lorenzweg sämtliche Wahlplakate entweder entfernt oder beschmiert worden sind. Er erhebt Protest. Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass die Parteien selbst Anzeige erstatten müssen.

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.01.2011

Änderung der Verwaltung auf Seite 12, TOP 8.1. Absatz 4 (Änderungen rot):

1. Mit dem Geschäftsführer wird noch einmal das Gespräch geführt und ein Angebot zur Entgeltzahlung in Höhe von **max. 145** TEUR unterbreitet. Nach Annahme dieses Angebotes erfolgt der Vertragsabschluss ohne erneute Behandlung im Verwaltungsausschuss.
2. Die Befristung des bisherigen Geschäftsführervertrages wird **vorsorglich** bis zum 31.03.2011 verlängert.
3. Für die Beschlussfassung des Stadtrates zur Bestellung des Geschäftsführers **im März 2011** wird die entsprechende Drucksache erarbeitet.

Die so geänderte Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bestätigt.

4. Anträge

4.1. Bürgerbeauftragter Internet Vorlage: A0174/10

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit (Bg III) Herr Nitsche teil.

Stadtrat Schuster, FDP-Fraktion, erläutert die Zielstellung des Antrages. Die Stadt ist nach Auffassung der Fraktion in vielen Bereichen internetmäßig sehr schlecht präsent. Eine Vollzeitstelle war nicht geplant, sondern nur eine Anlaufstelle für die Bürger; hier besonders auch für die gewerblichen Unternehmen. Es sollte mehr der politische Druck aufgemacht werden. Wenn sich die Mitglieder des Verwaltungsausschusses auch negativ zu dem Antrag äußern, so soll dieser trotzdem auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung kommen.

Stadträtin Wübbenhorst, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, informiert, dass dies ohnehin Pflicht ist.

Der Beigeordnete Herr Nitsche gibt eine Erläuterung zu seiner Stellungnahme.

Als Beigeordneter hat er in verschiedenen Stadtgebieten an Bürgerversammlungen teilgenommen. Den Bürgern bzw. den Unternehmen wurde angeboten, dass sie sich bei Interesse an den Beigeordneten zur Koordinierung wenden können, ca. 30 haben sich nur gemeldet. Für die Lösung durch einen Anbieter wären aber 90 Interessenten erforderlich gewesen. In Sudenburg hat in der letzten Woche eine Zusammenkunft mit drei Anbietern stattgefunden. Es könnte ein Lösungsweg gefunden werden, wenn sich die erforderliche Anzahl möglicher Nutzer zusammenfindet.

Der Beigeordnete führt weiterhin aus, dass der Antrag der FDP-Fraktion weit über die Möglichkeiten des Dezernates hinaus geht.

Eine ständige Beschäftigung mit dem Thema kann im Dezernat nicht gewährleistet werden. Dafür ist eine zusätzliche Stelle erforderlich. Seitens der Stadtverwaltung besteht auch keine Möglichkeit der Einflussnahme auf die Anbieter. Die Breitbandförderung bleibt abzuwarten.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD -Tierschutzpartei-future!, kann die Ausführungen von Herrn Nitsche nachvollziehen. Es sind mehrere Seiten zu beteiligen. Er informiert darüber, dass er bei der Zusammenkunft mit den Anbietern teilgenommen hat.

Er unterstützt die Meinung von Herrn Nitsche, dass durch die Stadtverwaltung nicht mehr getan werden kann. Man könnte andere Anbieter ansprechen, die vielleicht preiswerter als die Telekom sind.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass er mit Vertretern der MDCC GmbH gesprochen hat.

Von dort wurde erklärt, dass die Hauseigentümer die Firmenvertreter teilweise nicht ins Haus lassen. Die Mieter schrecken auch davor zurück, selbst den Vertrag abzuschließen. Es gibt eine gewisse Erwartungshaltung der Bürger gegenüber der öffentlichen Hand. Diese kann es sich aber nicht leisten, erforderliche Technik kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Theile, Fraktion Die Linke, verweist auf die Ablehnung des Antrages durch die Fraktion. Das Thema wird zwar als wichtig eingeschätzt, aber er kann sich eine Lösung mit Hilfe eines Bürgerbeauftragten nicht vorstellen. Für ihn besteht die Sorge, dass durch einen solchen Beauftragten falsche Hoffnungen bei den Bürgern geweckt werden. Der Weg, der durch das Dezernat III eingeschlagen wurde, sollte konsequent eingehalten werden.

Die Fraktion Die Linke wird bei ihrer ablehnenden Haltung bleiben.

Stadtrat Boeck, Fraktion Die Linke, spricht sich für die Durchführung einer Marktlückenprüfung aus.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linke, kann sich für die Intention des Antrages erwärmen. Er ist aus Sudenburg und hat seit 2004 diesbezüglichen Kontakt mit den Gewerbetreibenden. Er weiß, dass die Stadt ihre Grenzen hat, die Berichterstattung in der Presse aber suggeriere, dass jetzt „jemand“ etwas tut.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimme, 11 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0174/10 nicht zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme S0019/11 zur Kenntnis.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Interkommunale Zusammenarbeit Vorlage: I0041/11

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper fragt die Anwesenden, ob ein Vortrag zur Thematik gewünscht wird. Dies ist nicht der Fall.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, bittet um eine Information, ob es Erfolge bei der interkommunalen Zusammenarbeit zu vermelden gibt.

Der Beigeordnete Herr Platz weist darauf hin, dass es in verschiedenen Feldern eine interkommunale Zusammenarbeit gibt. Die Zusammenarbeit insgesamt ist jedoch unbefriedigend. Herr Platz erläutert diese unbefriedigende Zusammenarbeit am Beispiel der Leitstellen. Mit dem Landkreis Jerichower Land wurde ein kleines Konzept erarbeitet, welches eine Kostenersparnis von ca. 2 Mio. Euro erreichen sollte. Diese Kostenersparnis wäre allerdings den Krankenkassen zu Gute gekommen. Das Konzept hat im Landkreis keine politische Mehrheit gefunden.

Zur D 115, welche noch nicht in der I0041/11 enthalten ist, hat der Landkreis Bördekreis Interesse signalisiert. Gegenwärtig gibt es konkrete Absprachen zur Umsetzung.

Der Beigeordnete führt als positives Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit die 2009 gegründete Genossenschaft KITU (Kommunale IT-Union) an.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper fügt hinzu, dass es durch die Gemeinde- und Gebietsreform zurzeit nur wenig Interesse an einer interkommunalen Zusammenarbeit gibt.

Die Information wird durch die Mitglieder des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis genommen.

6. Verschiedenes

6.1 Frei laufende Hunde

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, spricht das Thema der frei laufenden Hunde im Stadtpark an. Dort ist der Wildbestand (Rehe, Wildschweine) gefährdet. Er führt aus, dass am Wochenende kein Ansprechpartner im Stadtordnungsdienst erreichbar sei und die Polizei sich für diese Thematik nicht zuständig fühlt. Durch die Mitarbeiter an der Hotline bei der Feuerwehr wurde auch ablehnend reagiert.

Stadtrat Stern fragt an, ob nicht eine Arbeitszeitverlagerung o. Ä. im SOD möglich ist, um auch das Wochenende abzudecken.

Der Beigeordnete Herr Platz erwidert, dass der SOD auch am Wochenende Bereitschaftsdienst hat.

Bei einer Gefahrenlage ist selbstverständlich die Polizei zuständig. Er warnt aber davor, einer schleichenden Kommunalisierung Vorschub zu leisten, in dem durch den SOD vermehrt hoheitliche Aufgaben der Polizei wahrgenommen würden.

Der OB ergänzt, dass im kommunalen Vergleich der SOD in Magdeburg personell sehr gut ausgestattet sei.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sagt dennoch eine Prüfung der eingegangenen Anrufe in der Leitstelle an den vergangenen Wochenenden zu.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Reidemeister
Schriftführerin